

Nein zum ungerechten Bausparen!

Die EVP lehnt die Bausparinitiative ab, weil sie ungerecht ist und nur in ganz wenigen Fällen dazu führt, dass jemand bauen kann, der es sich sonst nicht hätte leisten können. Wichtiger ist, dass endlich der Eigenmietwert abgeschafft wird.

Von Maja Ingold, Nationalrätin

Die Bausparinitiative will es den Kantonen ermöglichen, steuerlich abzugsfähige Bauspareinlagen einzuführen. Erstens für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum (maximal 15 000 Franken jährlich, Ehepaare das Doppelte), zweitens zur Finanzierung von Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (maximal 5000 Franken jährlich, Ehepaare das Doppelte). Für beide Zwecke sollen Einlagen je einmal, aber nicht gleichzeitig während längstens zehn Jahren angespart werden können. Wird das Geld für etwas anderes verwendet, sind Regeln zur Nachbesteuerung vorgesehen. Auf gut deutsch bedeutet die Vorlage: Wer Geld für eigene vier Wände zur Seite legt, bezahlt markant weniger Steuern.

So weit, so gut. Die EVP teilt das Anliegen, das Wohneigentum in der Schweiz zu fördern. Viel wichtiger als neue Bausparmodelle ist aber die Abschaffung des Eigenmietwerts. Wer die Schulden auf seinem Haus abzahlt, soll nicht länger bestraft werden. Dieses Vorhaben ist bislang jedes Mal daran gescheitert, dass die Ratsrechte zwar den Eigenmietwert abschaffen, gleichzeitig aber hohe Abzüge für Schuldzinsen und Unterhaltskosten beibehalten wollte. Fünfer und Weggli also: da macht die EVP nicht mit. Jetzt stimmen wir über die Bausparinitiative ab. Sie ist aus den folgenden Gründen das falsche Instrument:

- **Das Bausparen verfehlt sein Ziel.** Man kann mittlere Miethaushalte nicht dazu bringen, dass sie mit dieser Steuerentlastung Wohneigentum erwerben können. Sie verdienen nicht genug, um innert zehn Jahren einen namhaften Betrag sparen zu können. Nur ein ganz kleiner Teil der Haushalte wird dank Bausparen ein Eigenheim erwerben können, das sie sich sonst nicht hätten leisten können.
- **Das Bausparen hilft den Falschen.** All jene, die ohnehin genügend Geld haben, um zu bauen, werden das Instrument selbstverständlich benützen und von der Steuerersparnis profitieren. Wir unterstützen somit ausgerechnet jene, die es nicht nötig haben.
- **Das Bausparen ist teuer.** Die Steuerauffälle fallen jedes Mal an – und müssen kompensiert werden. Wegen der Progression profitieren Personen mit hohem Einkommen überdurchschnittlich. Das verschlechtert die Effizienz des Bausparens zusätzlich.
- **Das Bausparen verletzt die Verfassung.** Bei der Abstimmung über das Steuerpaket im Jahr 2011 kam ein Gutachten der Kantone zum Schluss, dass die damals geforderten Bauspar-Abzüge das verfassungsmässige Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit massiv verletzen würden. An dieser Ausgangslage hat sich aus Sicht der EVP nichts geändert.
- **Das Bausparen ist überflüssig.** Mit den Vorbezugsmöglichkeiten aus der 2. und 3. Säule bestehen bereits ausreichend und ebenfalls steuerlich privilegierte Instrumente zur Förderung des Wohneigentums.

Im Parlament wurde ein Antrag gestellt, das Bausparen auf Haushalte mit tiefen bis mittleren Einkommen zu beschränken. Er hätte den „Mitnahmeeffekt“ jener Haushalte vermieden, die ohnehin bauen können und bloss von der Steuerersparnis profitieren. Der Antrag blieb chancenlos. Damit ist für die EVP klar: Das Bausparen ist nicht zielführend, verursacht Steuerauffälle und schafft neue Ungerechtigkeiten. Unter dem Strich unterwandert das Bausparen die Steuergerechtigkeit und verhilft nur am Rand Menschen zu Wohneigentum, die es sich andernfalls nicht leisten könnten. In Übereinstimmung mit dem Bundesrat, welcher die Initiative ablehnt, haben die EVP-Delegierten am 3. Dezember in Langenthal mit 78 zu 17 Stimmen eine klare Nein-Parole zur Bausparinitiative beschlossen.